

BStU



Archiv der Zentralstelle

MfS - BdL | Dok.

Nr. 004648

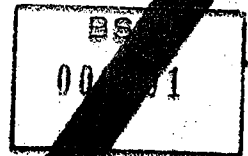
1. Exemplar

101993

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT
Der Minister

144/74
Berlin, den 6. Sept. 1974

Tgb.-Nr. VMA/



Geheime Verschlusssache
MfS 008 Nr.: 144/74
699 .Ausf. Blatt

Hauptabteilung/selbst. Abt.
Bezirksverwaltung/Verwaltung
Kreisdienststelle
Leiter

Verstärkung der politisch-operativen Arbeit aller operativen Linien und Diensteinheiten zur reibungszeitigen Aufklärung und Verhinderung des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens der DDR

Die Entwicklung der politisch-operativen Lage erfordert die weitere Qualifizierung und Intensivierung der politisch-operativen Arbeit zur zielgerichteten und wirksamen vorbeugenden Aufklärung, Verhinderung und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens der DDR durch alle operativen Linien und Diensteinheiten des MfS.

Davon ausgehend und zur weiteren Durchsetzung meiner im Schreiben vom 18. 12. 1973 (VVS MfS 008-1132/73) gestellten Aufgaben und festgelegten Maßnahmen ist es notwendig, die politisch-operative Arbeit vor allem im Innern der DDR weiter zu qualifizieren und zu verstärken, um der zunehmenden verbrecherischen Tätigkeit der kriminellen Menschenhändlerbanden und anderer krimineller Elemente sowie den feindlichen und kriminellen Elementen im Innern der DDR wirksamer begegnen zu können.

1. In Durchsetzung dieser Aufgaben ist zu beachten, daß unter den gegebenen politisch-operativen Lagebedingungen, insbesondere durch die Errichtung von Vertretungen nichtsozialistischer Parteien, die ständige Zunahme der feindlichen Kontakttätigkeit, verstärkte und differenzierte Aktivitäten des Gegners sowie anderer negativer Kräfte zu verzeichnen sind.

Sie sind darauf gerichtet:

Bürger der DDR mit den vielfältigsten Mitteln und Methoden, besonders durch entsprechende politische Beeinflussung, zum ungesetzlichen Verlassen der DDR zu inspirieren bzw. derartige Absichten aufrechtzuerhalten,

Bürger der DDR zu veranlassen, Forderungen an staatliche Organe der DDR zu stellen, insbesondere Anträge auf Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, auf Familienzusammenführung und Eheschließung mit Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins sowie auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR, (In zunehmendem Maße ist zu verzeichnen, daß Personen, bevor sie den Entschluß zum ungesetzlichen Verlassen der DDR fassen, bei den verschiedensten staatlichen Organen, insbesondere bei den örtlichen Organen der Staatsmacht, solche Forderungen stellten, denen entsprechend den geltenden Rechtsvorschriften und innerdienstlichen Weisungen des MdI nicht stattgegeben wurde. Teilweise versuchen solche Personen, ihren Forderungen durch demonstrative Verweigerung der Arbeitsaufnahme, des Wehrdienstes und ähnliche Aktivitäten Nachdruck zu verleihen.)

Bürger der DDR aufzufordern, mittels demonstrativer Verhaltensweisen in Form von schriftlichen oder mündlichen Forderungen in der Öffentlichkeit, insbesondere vor den in der DDR eingerichteten Vertretungen nichtsozialistischer Staaten bzw. durch Asyl- und Unterstützungersuchen Druck auf die Organe der DDR auszuüben und eine Aussiedlung aus der DDR zu erwirken,

Bürger der DDR zu beeinflussen, Verbindungen zu Massenmedien des Gegners, zu den in der DDR akkreditierten ständigen Korrespondenten und Reisekorrespondenten nichtsozialistischer Staaten sowie zu internationalen Organisationen aufzunehmen, um durch Entstellung der tatsächlichen Sachlage, teilweise unter Anwendung von Mitteln und Methoden der staatsfeindlichen Hetze bzw. Verleumdung, öffentlichkeitswirksame Unterstützung für ihr Vorhaben zu erhalten und damit verstärkten Druck auf die Organe der DDR auszuüben.

Vertretungen nichtsozialistischer Staaten in der DDR, insbesondere die Ständige Vertretung der BRD, wenden sich zunehmend an die zuständigen Organe der DDR mit dem Ziel, für bestimmte Bürger der DDR Ausreisegenehmigungen in nichtsozialistische Staaten und nach Westberlin bzw. für Bürger nichtsozialistischer Staaten und Westberlins Einreisegenehmigungen in die DDR zu erlangen sowie die Gründe bei Ablehnungen derartiger Anträge in Erfahrung zu bringen.

In diesem Zusammenhang sind Zuziehende zu beachten, die unter Berufung darauf, daß sie neben der Staatsbürgerschaft der DDR, die sie nicht akzeptieren, noch die Staatsangehörigkeit der BRD besitzen würden, provokatorische Aktivitäten entfalten.

Diese Erscheinungen sowie die spezifische Rolle der imperialistischen Geheimdienste bei der Organisierung des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens der DDR sind in der gesamten politisch-operativen Arbeit zur Verhinderung des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens der DDR stärker zu beachten. Des weiteren sind unter anderem die Werbung von DDR-Bürgern als Spione gegen das Versprechen einer späteren "risikolosen" Ausschleusung ohne finanzielle Forderungen bzw. das Eindringen subversiver und krimineller Elemente in die DDR und die Möglichkeit des Personenaustausches (u. a. durch die "Opfermethode") zu berücksichtigen.

2. Die Erhöhung der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zur Aufklärung, Verhinderung und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens der DDR erfordert vor allem, die vorbeugende Arbeit wesentlich zu verstärken.

Es ist zu sichern, daß alle eingehenden Informationen zu Personen und operativ-bedeutsamen Sachverhalten unter dem Gesichtspunkt durchgearbeitet und umfassend geprüft werden, jegliche Anhaltspunkte, die auf ein geplantes ungesetzliches Verlassen der DDR hinweisen, zu erkennen, um sie einer zielstrebigen operativen Überprüfung und Bearbeitung zuzuführen.

Bei der unmittelbaren Organisierung der politisch-operativen Arbeit zur Aufklärung und Bearbeitung von Ersthinweisen ist vor allem stärker zu differenzieren zwischen solchen Personen, die aus bestimmten Konfliktsituationen heraus den Entschluß fassen oder bei denen derartige Anzeichen vorhanden sind, die DDR ungesetzlich zu verlassen und denjenigen, die einen verfestigten feindlich-negativen Standpunkt besitzen und unabänderlich das Ziel verfolgen, die DDR auf gesetzlichem bzw. ungesetzlichem Wege zu verlassen.

Unter Beachtung solcher Gesichtspunkte wie Persönlichkeitsbild, Motive, Anlässe, Verbindungen usw. ist von Anfang an eine exakte Differenzierung dieser Personen vorzunehmen, um besonders gefährdete Personen bzw. Personenkreise vor den verbrecherischen Aktivitäten der kriminellen Menschenhändlerbanden, imperialistischen Geheimdienste und anderer feindlicher sowie krimineller Elemente zu sichern. Dementsprechend sind die operativen Kräfte, Mittel und Methoden zielstrebig einzusetzen bzw. anzuwenden.

Mit Personen, die sich in bestimmten Konfliktsituationen befinden, sind bei den geringsten Anzeichen auf beabsichtigtes ungesetzliches Verlassen der DDR - nach Aufklärung der Persönlichkeit - unter Wahrung der Konspiration qualifizierte Vorbeugungsgespräche zu führen, um den Rücktritt von diesen Vorhaben zu erreichen.

Diese Aufgabe ist in zweckmäßiger Kombination mit anderen operativen Maßnahmen, besonders dem Einsatz geeigneter IM/GMS zur offensiven Einflußnahme und zur Sicherung, der operativen Personenkontrolle und der Reisesperre usw., zu realisieren.

Das Ziel der Vorbeugungsgespräche und der anderen operativen Maßnahmen muß darin bestehen, diesen Personen aus der Konfliktsituation herauszuhelfen, keine Verfestigung ihres Standpunktes zuzulassen und sie vom Vorhaben des ungesetzlichen Verlassens der DDR bereits in den Ansätzen wirkungsvoll abzubringen.

Macht sich bei solchen Personen in Anbetracht der Umstände der von ihnen bereits begangenen Handlungen die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens notwendig, sind unter Berücksichtigung aller Zusammenhänge und in Abstimmung mit den zuständigen Justizorganen bzw. operativen Dienstseinheiten differenzierte strafrechtliche und strafprozessuale sowie politisch-operative Maßnahmen zu prüfen und einzuleiten.

Bei der Vorbereitung und Durchführung der Vorbeugungsgespräche sind die Möglichkeiten der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie gesellschaftlicher Organisationen und Kräfte, progressiver und zuverlässiger Verwandter und Bekannter stärker zu prüfen und sinnvoll zu nutzen. Durch verstärkte operative Einflußnahme ist zu sichern, daß diese Organe und Einrichtungen die sich aus dem Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 7. 5. 1974 "Die nächsten Aufgaben zur Erläuterung des sozialistischen Rechts sowie zur Festigung und weiteren Entwicklung des Rechtsbewußtseins der Werktätigen" und aus gesetzlichen Regelungen ergebenden Verantwortlichkeiten umfassender wahrnehmen und ihren konkreten Beitrag zur Überwindung vorhandener Konfliktsituationen leisten.

Es ist zu sichern, daß alle bei diesen Organen und Einrichtungen vorhandenen und neu zu erschließenden Möglichkeiten zum Erkennen von Ersthinweisen auf ungesetzliches Verlassen der DDR zielstrebig und umfassender genutzt werden.

Die politisch-operativen Aufgaben zur rechtzeitigen Aufklärung und Verhinderung des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens der DDR sind durch geeignete, mit den entsprechenden Organen abgestimmte, politisch-agitatorische Maßnahmen zu unterstützen.

3. Die politisch-operativen Maßnahmen zur Aufklärung, Verhinderung und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels und ungesetzlichen Verlassens der DDR sind verstärkt auf solche Personen zu richten, die einen verfestigten feindlich-negativen Standpunkt besitzen und unabänderlich das Ziel verfolgen, auf gesetzlichem oder ungesetzlichem Wege die DDR zu verlassen. Durch wirksame politisch-operative Maßnahmen ist zu sichern, daß
 - dieser Personenkreis rechtzeitig erkannt, konkreter bestimmt und aufgeklärt wird,
 - alle Schritte zur Realisierung ihres Vorhabens unter ständige und umfassende Kontrolle gebracht und
 - die erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR eingeleitet werden.
4. In diesem Zusammenhang sind in noch stärkerem Umfang Rückverbindungen und Kontaktaufnahmen mit verdächtigem Charakter aufzuklären, zu überprüfen und unter operative Kontrolle zu nehmen, insbesondere von solchen Personen, die erst in den letzten Jahren die DDR ungesetzlich verlassen haben, denen eine Übersiedlung gestattet oder die ausgewiesen wurden und die Verbindungen aufnehmen zu besonders gefährdeten Personen bzw. -kreisen in der DDR.
5. Die Realisierung der Aufgaben zur weiteren Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit zur rechtzeitigen Aufklärung, Verhinderung und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens der DDR stellt insgesamt höhere Anforderungen an alle politisch-operativen Prozesse, insbesondere hinsichtlich des IM/GMS-Einsatzes, der Vorgangsbearbeitung und der OPK.

Die Bearbeitung der Vorgänge ist in rechtzeitiger Abstimmung mit der Linie IX auf die Herausarbeitung der politisch-operativ und strafrechtlich bedeutsamen Umstände zu konzentrieren.

Größere Aufmerksamkeit ist darauf zu richten, die IM so zu führen, daß ihre qualifizierte Herauslösung gewährleistet ist.

Die operative Ermittlung und Beobachtung ist in verstärktem Maße einzusetzen und allseitig zu qualifizieren.

Durch eine qualifizierte Auswertungs- und Fahndungstätigkeit ist zu sichern, daß insbesondere alle Hinweise

- aus der operativen Kontrolle der Kommunikationswege, die gesellschaftliche, berufliche, familiäre sowie Liebes- und Eheprobleme beinhalten, aus denen Konfliktsituationen entstehen, die Ausgangspunkt des staatsfeindlichen Menschenhandels bzw. des ungesetzlichen Verlassens der DDR sein können,
- über Rückverbindungen von Personen, die die DDR gesetzlich oder ungesetzlich verlassen haben sowie über Mittel und Methoden der Vorbereitung und Durchführung des ungesetzlichen Verlassens der DDR,
- aus der Auswertung postalischer Verbindungen zwischen DDR-Bürgern und Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins zum Zwecke des Erschleichens von Reisen in dringenden Familienangelegenheiten

erfaßt und den zuständigen Dienstseinheiten rechtzeitig übergeben werden.

Es ist zu gewährleisten, daß alle Informationen über Personen, die die DDR auf gesetzlichem bzw. ungesetzlichem Wege verlassen wollen, auf der Grundlage des Befehls 299/65 in der Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei (VSH-Kartei) bzw. Personen-Kerblockkartei und Deliktekartei in der jeweiligen Dienstseinheit lückenlos erfaßt, überprüft und verdichtet werden.

Durch die zielgerichtete analytische Verarbeitung aller gespeicherten Informationen ist zu sichern, daß echte operative Anhaltspunkte für die vorbeugende politisch-operative Arbeit sowie zu bedeutsamen Personengruppen bzw. Einzelpersonen erkannt werden.

6. Grundsätzliche Möglichkeiten zur Verstärkung, Qualifizierung und Vervollkommnung der vorbeugenden Arbeit zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR bieten die durch den Minister des Innern und Chef der DVP erlassenen Befehle und Weisungen, die zugleich exakte Festlegungen hinsichtlich des Zusammenwirkens mit den Kreisdienststellen und des Informationsflusses von der DVP und von den Abteilungen Innere Angelegenheiten zu den Kreisdienststellen beinhalten.

Es handelt sich dabei insbesondere um:

- Befehl 0059/74 vom 21. 2. 1974
über "Maßnahmen zur weiteren Verstärkung der operativen Wirksamkeit der DVP bei der rechtzeitigen Verhinderung, Aufdeckung und Aufklärung von Vorbereitungshandlungen sowie des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Verhinderung von Provokationen";
- Befehl 079/73 vom 26. 11. 1973
über "Maßnahmen zur Erhöhung der Wirksamkeit der Personenkontrolle";
- Anweisung Nr. 042/71 vom 15. 1. 1971
in der Fassung vom 6. 6. 1973 über "die Bearbeitung und Entscheidung von Anträgen auf Übersiedlung von Bürgern der DDR in die BRD und nach Westberlin";
- Anweisung Nr. 03/68 vom 15. 1. 1968
in der Fassung vom 27. 6. 1973 über "die Bearbeitung von Anträgen auf Eheschließung mit Bürgern anderer Staaten sowie Westberlins";
- Anweisung Nr. 024/67 vom 15. 11. 1967
über "die Bearbeitung von Anträgen auf Verleihung der Staatsbürgerschaft, Entlassung aus der Staatsbürgerschaft, Widerruf der Verleihung der Staatsbürgerschaft und auf Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR";
- Anweisung Nr. 049/74 vom 7. 5. 1974
über "die Informationen zu Übersiedlungen, Eheschließungen und Staatsbürgerschaftsfragen".

Es ist Aufgabe der Leiter aller Dienstseinheiten, insbesondere der HA VII, der Abteilungen VII der BV/V und der Kreisdienststellen, diese Möglichkeiten umfassender zu erschließen und für die politisch-operative Arbeit des MfS stärker zu nutzen.

Zur weiteren Qualifizierung des Zusammenwirkens mit der DVP und den Abteilungen Innere Angelegenheiten ist die operative Einflußnahme insbesondere hinsichtlich

- der vollen Durchsetzung ihrer Aufgaben zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit und Ordnung,
- der stärkeren Wahrnehmung der Verantwortlichkeit im Antrags-, Prüfungs- und Genehmigungsverfahren,
- der qualitäts- und termingerechten Bearbeitung der Anträge, Aufbereitung, Verdichtung und Weiterleitung damit im Zusammenhang stehender Informationen sowie der Gewährleistung einer hohen Wachsamkeit und Geheimhaltung
- und der Nutzung aller vorhandenen und neu zu erschließenden Möglichkeiten zum Erkennen und Bearbeiten von Hinweisen auf ungesetzliches Verlassen der DDR.

zu verstärken.

Im Zusammenwirken mit der DVP ist auf der Grundlage der DV 031/70 und anderer zur Aufdeckung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR erlassener dienstlicher Bestimmungen des MdI konkreter abzustimmen und festzulegen, zu welchen Personen eine ständige bzw. zeitweilige volkspolizeiliche Personenkontrolle einzuleiten ist.

Durch verstärkte operative Einflußnahme ist zu sichern, daß die Personenkontrollen zielstrebig und qualifizierter bis zur zweifelsfreien Klärung des Sachverhaltes und der Beseitigung der von diesen Personen ausgehenden Gefahren durchgeführt werden.

Es ist zu gewährleisten, daß

- beim Vorliegen von Ersthinweisen bzw. Verdachtsgründen auf staatsfeindlichen Menschenhandel,
- beim Vorliegen von Ersthinweisen bzw. Verdachtsgründen auf ungesetzliches Verlassen der DDR bei operativ bedeutsamen Personen besonders in Schwerpunktbereichen, bei vermuteten bzw. bestehenden Verbindungen zu Vertretungen, bevorrechteten Personen und Korrespondenten nicht-sozialistischer Staaten sowie bei vermuteten Verbindungen zu imperialistischen Geheimdiensten und anderen feindlichen Zentren im Operationsgebiet

grundsätzlich die operative Kontrolle und die operative Bearbeitung durch das MfS zu erfolgen haben.

7. Es ist zu gewährleisten, daß die operative Prüfung aller Anträge auf Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, auf Familienzusammenführung und Eheschließung mit Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins sowie auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR nach Übergabe von den Abteilungen Innere Angelegenheiten bzw. der DVP in den Speichern der Diensteinheiten und den zuständigen in Abt. XII/Hk. ~~Referaten XII der BV/V~~ zur Erarbeitung politisch-operativ bedeutsamer Hinweise erfolgt.

S. Änderung
v. 13.9.74

Sind die überprüften Personen aktiv erfaßt (Vorlauf-Operativ, Operativvorgang, Untersuchungsvorgang, Feindobjektvorgang, Sondervorgang, IM-Vorlauf, IM, GMS, OPK und KK) oder in Archivmaterialien (außer "nichtgesperrte Ablage") anderer Diensteinheiten des MfS erfaßt, ist die zuständige Diensteinheit unverzüglich zu informieren und zur umgehenden Stellungnahme aufzufordern.

Durch geeignete politisch-operative Maßnahmen, insbesondere durch die Nutzung der Möglichkeiten der IM/GMS, sind im Zusammenwirken mit der Diensteinheit, für die die Person erfaßt ist, weitere Überprüfungsmaßnahmen durchzuführen. Die im Ergebnis und in Abstimmung mit der erfassenden Diensteinheit getroffenen zustimmenden oder ablehnenden Entscheidungen sind durch die Leiter der Diensteinheiten, in deren Verantwortungsbereich die Antragstellung erfolgte, unter Wahrung der Konspiration den Leitern der Abteilungen Innere Angelegenheiten mitzuteilen.

Es ist zu sichern, daß die Entscheidungen den betroffenen Personen übermittelt werden und nicht durch zu lange Bearbeitungszeiten sowie fehlerhafte Argumentation ein Schaden für die DDR entsteht.

In bestimmten Fällen ist unter Berücksichtigung der Tragweite der ablehnenden Entscheidung - z. B. bei möglicher Neigung des Antragstellers zu Kurzschlußhandlungen - zu prüfen, ob solchen Personen die Unwiderruflichkeit der Entscheidung sofort mitgeteilt werden muß.

Sonderanträge der DVP bzw. der Abteilungen Innere Angelegenheiten auf Genehmigung einer Übersiedlung im Interesse der Sicherheit der DDR oder aus anderen schwerwiegenden Gründen, z. B. in solchen Fällen, in denen

- Personen durch permanent negatives, renitentes oder feindliches Auftreten eine Ausweisung aus der DDR zu erzwingen versuchen oder
- Personen durch wiederholte Grenzverletzungen bzw. durch provokatorische Demonstrativhandlungen in Erscheinung treten,

sind allseitig politisch-operativ zu prüfen und mit der DVP und den Abteilungen Innere Angelegenheiten verantwortungsvoll abzustimmen.

Wird in Ausnahmefällen zur Übersiedlung, Familienzusammenführung, Eheschließung und Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR keine eindeutige Übereinstimmung zwischen dem MfS, der DVP und den Abteilungen Innere Angelegenheiten auf Bezirksebene erzielt, da die notwendigen gesetzlichen und innerdienstlichen Voraussetzungen fehlen, ist jedoch aus politisch-operativen Gründen eine Zustimmung zu den Anträgen notwendig, sind diese als Vorschlag schriftlich über den Leiter der HA VII an meinen 1. Stellvertreter heranzutragen.

Derartige Vorschläge haben zu enthalten:

- einen allseitigen Auskunftsbericht über die beteiligten Personen,
- die operativ zu beachtenden Konsequenzen und die veranlassenden politisch-operativen Maßnahmen der Sicherung bzw. Bearbeitung und
- eine ausführliche Begründung sowie den Vorschlag über den Zeitpunkt der Realisierung.

Sonderanträge des MfS auf Genehmigung einer Übersiedlung im Interesse der Sicherheit der DDR oder aus anderen politisch-operativen Gründen sind über die Leiter der Abteilungen VII der BV/V an den Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres des Rates des Bezirkes zur Aufbereitung und Einholung der Zustimmung durch das MdI heranzutragen.

Gleichlaufend ist rechtzeitig die HA VII über die betroffenen Personen sowie den Sachverhalt zu informieren, um im Zusammenwirken mit dem MdI die Durchsetzung operativ notwendiger Entscheidungen zu unterstützen.

Bei Anträgen inhaftierter DDR-Bürger auf Entlassung in nichtsozialistische Staaten bzw. nach Westberlin ist im Zusammenwirken mit den Leitern der Abteilungen bzw. Arbeitsgruppen Strafvollzug der BDVP sowie den Leitern der Strafvollzugseinrichtungen und Untersuchungshaftanstalten zu sichern, daß diese qualifiziert erfaßt, aufbereitet und auf dem vorgeschriebenen Weg den für den letzten Wohnort der Inhaftierten zuständigen Abteilungen Innere Angelegenheiten zugeleitet werden.

Kopien oder Abschriften von derartigen Anträgen sind über die Abteilungen VII der BV/V der HA VII zuzuleiten. Die HA VII hat sie der HA IX zur Kenntnis zu geben. Werden durch die HA IX keine spezifischen Maßnahmen zur Bearbeitung und Realisierung der Anträge eingeleitet, erfolgt deren Bearbeitung im üblichen Verfahren.

Nach erfolgter Übersiedlung in nichtsozialistische Staaten und nach Westberlin sind diese Personen entsprechend der 3. Durchführungsbestimmung zum Befehl 299/65 als "West-Personen" in der VSH-Kartei bzw. bei entsprechender operativer Bedeutsamkeit in der PKK-West zu erfassen.

8. Zur zentralen Einschätzung der Wirksamkeit und zur zweckmäßigen Koordinierung der politisch-operativen Arbeit zur Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens der DDR sowie zur Schaffung weiterer Grundlagen für die in meinem Auftrag tätige Forschungsgruppe auf diesem Gebiet sind Erkenntnisse aus der politisch-operativen Arbeit und deren Führung und Leitung, insbesondere aus der Bearbeitung von Vorläufen-Operativ, Operativvorgängen, Feindobjektvorgängen und IM-Vorgängen, in denen kriminelle Menschenhändlerbanden und andere in dieser Richtung tätige Organisationen und Einzelpersonen in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie entsprechende Stützpunkte in der DDR und anderen sozialistischen Staaten bearbeitet werden, in Form von Zusammenfassungen aufzubereiten.

Diese Materialien haben unter Einhaltung der nachfolgenden Gliederung zu enthalten:

1. Erfassung und Einschätzung verallgemeinerungswürdiger operativer Werte und Erkenntnisse der vorbeugenden Aufklärung, Verhinderung und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels und ungesetzlichen Verlassens der DDR nach folgenden Gesichtspunkten:

- 1.1. Anzahl der Personen im Verantwortungsbereich,

die einen verfestigten feindlich-negativen Standpunkt haben und unabänderlich das Ziel verfolgen, die DDR auf gesetzlichem bzw. ungesetzlichem Wege zu verlassen,

die einschlägig (§§ 105 und 213 StGB) vorbestraft sind und bei denen Ersthinweise bzw. Verdachtsgründe vorliegen, daß sie als Rückfalltäter in Erscheinung treten werden,

aufgegliedert nach:

Altersgruppen	(gem. Vorgabe der EOS)
Soziale Stellung	(gem. Vorgabe der EOS)
Beschäftigungsbereiche	(gem. Vorgabe der EOS)
Personelle, objektmäßige und territoriale Konzen- trationen	

1.2. Bewährte politisch-operative Maßnahmen, die eingeleitet und durchgeführt wurden

1.2.1. zur Erarbeitung und zum rechtzeitigen Erkennen von Ersthinweisen über beabsichtigten und geplanten staatsfeindlichen Menschenhandel sowie über beabsichtigtes, geplantes bzw. vorbereitetes ungesetzliches Verlassen der DDR, einschließlich der Erarbeitung von Ersthinweisen aus dem Zusammenwirken mit anderen Organen,

1.2.2. zur Organisierung der vorbeugenden Arbeit, insbesondere hinsichtlich solcher Personen/Personenkreise, bei denen im Zusammenhang mit den nachfolgenden Aktivitäten bzw. Umständen bestimmte Verdachtsgründe des ungesetzlichen Verlassens der DDR gegeben sind, wie

Antragsteller auf Übersiedlung, Familienzusammenführung und Eheschließung mit Bürgern nichtsozialistischer Staaten und Westberlins, Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR und Reisen in dringenden Familienangelegenheiten,

Personen, die gemäß den §§ 105 und 213 StGB sowie gemäß den §§ 100, 101, 107, 132 und 144 StGB verurteilt sind,

Personen, die wegen verdächtiger Kontakte zu Personen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin angefallen sind,

Bürger der DDR, die operativ beachtenswerte Verbindungen zu Personen unterhalten, die die DDR auf gesetzlichem bzw. ungesetzlichem Wege verlassen haben,

kriminell angefallene Personen in Erwartung eines Gerichtsverfahrens bzw. des Antretens einer Straftat,

Jugendliche, die besondere Schwierigkeiten im Betrieb, in der Schule und im Elternhaus haben und solche Jugendliche, die sich der Wehrpflicht entziehen,

Personen, die feste persönliche, häufig intime, Beziehungen zu Bürgern aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin unterhalten, gemeinsam Kinder haben und bei denen die Absicht der Eheschließung bzw. Familienzusammenführung, oft verbunden mit Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, besteht,

Personen, deren Einsatz bzw. Aufenthalt im Grenzgebiet der DDR zur BRD/Westberlin oder in nichtsozialistischen Staaten abgelehnt wurde (z. B. Aktion "Leuchtturm", "Grün", Reisekader u. a.),

Personen, die feindliche und negative Demonstrativhandlungen in der Öffentlichkeit, insbesondere vor Vertretungen nichtsozialistischer Staaten in der DDR, androhen,

- 1.2.3. zur unverzüglichen Aufklärung und Bearbeitung von Ersthinweisen, insbesondere zur rechtzeitigen Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR durch offensiven IM/GMS-Einsatz und qualifizierte Vorbeugungsgespräche, in zweckmäßiger Kombination mit anderen differenzierten Sicherungsmaßnahmen,
- 1.2.4. zur systematischen und zielgerichteten Aufklärung der Mittel und Methoden der kriminellen Menschenhändlerbanden und anderer krimineller Elemente sowie des ungesetzlichen Verlassens der DDR, insbesondere der unbekannteren Fluchtwege,
- 1.2.5. zur systematischen, umfassenden und zielgerichteten Aufklärung, Kontrolle und Abschöpfung der Nachrichtenverbindungswege bei der Vorbereitung und Durchführung des staatsfeindlichen Menschenhandels und ungesetzlichen Verlassens der DDR,
- 1.2.6. zur Erschließung der Möglichkeiten der staatlichen und wirtschaftsleitenden Organe, der Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräfte zur wirkungsvollen vorbeugenden Aufklärung, Verhinderung und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels und ungesetzlichen Verlassens der DDR, insbesondere zum Erkennen von Ersthinweisen,

- 1.3. Einschätzung der Wirksamkeit der operativen Einflußnahme auf die DVP und die Abteilungen innere Angelegenheiten zur qualifizierten Durchsetzung ihrer Aufgaben und zur zielstrebigem Nutzung aller vorhandenen Möglichkeiten.
- 1.3.1. Qualifizierte Durchführung der Aufgaben solcher Dienstzweige der DVP, wie Kriminalpolizei, Paß- und Meldewesen, Schutz- und Verkehrspolizei - einschließlich der ABV-Systeme und Freiwilligen Helfer, Transportpolizei - sowie der Abteilungen Innere Angelegenheiten zum Erkennen von Ersthinweisen auf staatsfeindlichen Menschenhandel und ungesetzliches Verlassen der DDR entsprechend ihrem Zuständigkeitsbereich,
- 1.3.2. Gewährleistung einer ständigen, lückenlosen Erfassung, Überprüfung, Verdichtung und Bearbeitung aller im Rahmen der Durchführung von volkspolizeilichen Aufgaben bekanntgewordenen bzw. erarbeiteten Ersthinweise zum ungesetzlichen Verlassen der DDR (Nutzung der Speicher, Arbeitsprozesse und anderen Möglichkeiten aller Dienstzweige der DVP sowie der Abteilungen Innere Angelegenheiten),
- 1.3.3. Zusammenwirken mit den Abteilungen Kriminalpolizei der DVP und der Transportpolizei, insbesondere zur qualifizierten Durchführung und Nutzung der spezifischen Aufgaben und Möglichkeiten der Arbeitsrichtungen I und II zur wirkungsvollen vorbeugenden Aufklärung, Verhinderung und Bekämpfung des ungesetzlichen Verlassens der DDR (insbesondere zur Erhöhung der Verantwortlichkeit und des zweckmäßigen, koordinierten und zielstrebigem Einsatzes der Kräfte, Mittel und Methoden),
- 1.3.4. Vorstellungen/Vorschläge zur Vertiefung und Erweiterung des arbeitsteiligen, abgestimmten Vorgehens mit den operativen Kräften der DVP und mit den Abteilungen Innere Angelegenheiten zur weiteren Qualifizierung der vorbeugenden Aufklärung, Verhinderung und Bekämpfung des ungesetzlichen Verlassens der DDR,
- 1.4. Weitere Erkenntnisse und Vorschläge zur Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit, deren Führung und Leitung zur vorbeugenden Aufklärung, Verhinderung und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels und des ungesetzlichen Verlassens der DDR.

2. Erfassung, Einschätzung und Auswertung der Vorläufe-Operativ, Operativvorgänge und Feindobjektvorgänge, in denen kriminelle Menschenhändlerbanden und andere in dieser Richtung tätige Organisationen und Einzelpersonen in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie entsprechende Stützpunkte in der DDR und anderen sozialistischen Staaten bearbeitet werden, nach folgenden Gesichtspunkten:
 - 2.1. Vorgangsart, Deckname, Reg.-Nr., Diensteinheit, Mitarbeiter,
 - 2.2. Name der bekannten bzw. vermuteten Menschenhändlerbande,
 - 2.3. Bearbeitete Personen bzw. Personenkreise,
 - 2.3.1. Name, Vorname; geb. am/in; Beruf/Tätigkeit; Arbeitsstelle; Wohnanschrift; Staatsangehörigkeit,
 - 2.3.2. Art und Weise der Beteiligung an der staatsfeindlichen Tätigkeit (z. B. Angehörige von Menschenhändlerbanden als Schleuser, Kuriere, Zuführer, Tipper u. a.),
 - 2.3.3. operativ-relevante Verbindungen in der BRD, in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin,
 - 2.3.4. operativ-relevante Verbindungen in der DDR und anderen sozialistischen Staaten,
 - 2.4. Erkenntnisse über kriminelle Menschenhändlerbanden und andere in dieser Richtung tätige Organisationen und Einzelpersonen in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie entsprechende Stützpunkte in der DDR und anderen sozialistischen Staaten,
 - 2.4.1. Angriffsrichtung und Umfang ihrer staatsfeindlichen Tätigkeit, Absichten und Pläne zum künftigen Vorgehen,
 - 2.4.2. Bisher angewandte bzw. beabsichtigte Mittel und Methoden (Aufnahme- und Versteckorte, Enttarnung der vom MfS eingeleiteten politisch-operativen Maßnahmen, eingesetzte Kfz., technische Veränderungen an Schleusungsfahrzeugen, vorbereitete Verstecke u. a.),

- 2.5. Stand und Wirksamkeit der politisch-operativen Bearbeitung,
 - 2.5.1. Zielstellung und Bearbeitungskonzeption,
 - 2.5.2. Umfang und Qualität des Einsatzes der Kräfte und Mittel, insbesondere der IM einschließlich der mit ihrer Herauslösung stehenden Probleme,
 - 2.5.3. Maßnahmen und Ergebnisse der Koordinierung,
 - 2.5.4. Mängel und Schwierigkeiten der Bearbeitung/Koordinierung u. a.,
- 2.6. Abgeschlossene Vorläufe-Operativ, Operativvorgänge und operative Materialien mit aktuellen Erkenntnissen, die o. g. Probleme zum staatsfeindlichen Menschenhandel ergänzen.
3. Erfassung und Auswertung der IM-Vorgänge auf dem Gebiet der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels nach folgenden Gesichtspunkten:
 - 3.1. Kategorie, Deckname, Reg.-Nr., Diensteinheit, Mitarbeiter,
 - 3.2. Bisheriger und gegenwärtiger Einsatz sowie weitere Einsatzmöglichkeiten des IM
(Konkrete Einschätzung des Charakters seiner Verbindungen zu kriminellen Menschenhändlerbanden und anderen in dieser Richtung tätigen Organisationen und Einzelpersonen in nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie entsprechenden Stützpunkten in der DDR und anderen sozialistischen Staaten - Wirksamkeit in der Vorgangsbearbeitung - weitere Einsatzmöglichkeiten sowohl in der DDR als auch im Operationsgebiet),
 - 3.3. Erfahrungen und Fähigkeiten in der Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels,
 - 3.4. Einschätzung der Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit sowie der Gewährleistung der Konspiration in der Zusammenarbeit.

BSU
000017

4. Diensteinheiten mit spezifischer Aufgabenstellung (z. B. III, 26, M, PZF) haben die bei ihnen vorliegenden Erkenntnisse und Materialien zur Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels in Anlehnung an die vorgegebene Gliederung zusammenzufassen.

Die im Abschnitt 8, Ziffer 1, geforderten Angaben sind durch die Leiter der AIG der Hauptabteilungen/selbst. Abteilungen und der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen aufzubereiten und als zusammenfassender Bericht an den Leiter der ZAIG zu übersenden.

Die im Abschnitt 8, Ziffer 2 und 3, geforderten Angaben sind als Einzelberichte der Diensteinheiten durch die Leiter der Hauptabteilungen/selbst. Abteilungen und der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen an mich zu übersenden. Die Materialien sind als GVS auszufertigen.

Termin für Ziffer 1: 30. 10. 1974

Termin für Ziffer 2 und 3: 30. 11. 1974

Neue Materialien sowie Ergänzungen, insbesondere zu den unter Ziffer 2 und 3 geforderten Angaben, die wesentliche Erkenntnisse über kriminelle Menschenhändlerbanden u. a. in dieser Richtung tätige Organisationen und Einzelpersonen in nicht-sozialistischen Staaten und Westberlin sowie entsprechende Stützpunkte in der DDR und anderen sozialistischen Staaten, ihre Angriffsrichtung, Mittel und Methoden sowie über die Wirksamkeit ihrer Bekämpfung beinhalten, sind unverzüglich auf gleichem Wege zu übersenden.

Mielke
Generaloberst